

Datum: 30.08.2017
Telefon: 0 233-30788
Telefax: 0 233-67968

**Personal- und
Organisationsreferat**
Organisation
POR-P3.23

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Förderung der Selbsthilfe im sozialen Bereich und des Bürgerschaftlichen Engagements (BE) im Sozialraum; Evaluation muttersprachlicher Angebote für Kinder und Jugendliche“
(Sitzungsvorlage Nr. 14 - 20 / V 09714)

Sozialausschuss am 12.10.2017
Vollversammlung am 23.11.2017

An das Sozialreferat

Die im Betreff genannte Beschlussvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat mit E-Mail vom 24.08.2017 zur Stellungnahme bis 07.09.2017 zugeleitet.

In der Beschlussvorlage wird die Entfristung von 0,5 VZÄ geltend gemacht.

1. Aufgabe

Selbsthilfeförderung im sozialen Bereich, speziell Förderung muttersprachlicher Angebote

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

Für diese Aufgabe werden im o. g. Arbeitsbereich bereits 0,5 VZÄ eingesetzt.

2. Beurteilung des geltend gemachten Bedarfs

Zu den in der Beschlussvorlage dargestellten Kapazitätsbedarfen wird wie folgt Stellung genommen:

Entfristung

Die Stelle Nr. A422965/E9c für eine/n SB Bürgerschaftliches Engagement/SB Produktsteuerung wurde auf Grund des Vollversammlungsbeschlusses vom 17.12.2014 (Sitzungsvorlage Nr. 14 - 20 / V 00057) befristet bis zum 30.06.2018 eingerichtet.

Sie wird v. a. auch zur Bearbeitung von Anträgen auf Förderung muttersprachlicher Angebote benötigt. Diese Angebote waren zum Zeitpunkt der ursprünglichen Beschlussfassung erst seit kurzer Zeit förderfähig und das Sozialreferat ging damals von einem deutlichen Anstieg der Antragszahlen aus, was die Zuschaltung einer Stelle im Umfang von 0,5 VZÄ erforderlich machte.

Die Stelle soll nun entfristet werden, da der Bedarf aus Sicht des Sozialreferates weiterhin gegeben ist.

Dem Beschlussvortrag ist allerdings nicht zu entnehmen, dass der Stellenbedarf zwischenzeitlich bemessen worden ist. Vielmehr wird allgemein auf erhöhte Fördersummen im Vergleich

zwischen den Jahren 2016 und 2017 hingewiesen und auf perspektivische Aufgabenentwicklungen/-mehrungen abgestellt (vgl. Beschlussvortrag Seite 3). Den Anlagen 2 und 3 zum Beschluss ist zu entnehmen, dass im Jahr 2016 insgesamt 17 Träger mit den entsprechenden Angeboten bezuschusst worden sind. 2017 sind es – nahezu gleich geblieben – 18 Träger.

Der Bedarf kann weiterhin nur dem Grunde, nicht jedoch der Höhe nach nachvollzogen werden.

Das Personal- und Organisationsreferat erhebt deshalb Einwände gegen die in der Beschlussvorlage dauerhaft geltend gemachten Personalmehrbedarfe. Mangels Bemessung des Stellenbedarfs ist vielmehr die Stellenkapazität weiterhin zu befristen. Die Antragsziffer 2 ist entsprechend zu ändern.

Dr. Dietrich